

rista

RICHTER UND STAATSANWALT IN NRW



3/19

GEBURTSTAGE IN BERLIN

DAS GRUNDGESETZ UND DIE ÖFFENTLICHKEIT

Alle Macht geht vom Volke aus, welches in allgemeiner, freier, gleicher und unabhängiger Wahl eine Regierung wählt, die für Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Religionsfreiheit, die Freiheit der Meinung, der Lehre, Forschung und Presse, die Rechte der Familie und auf Schule einsteht und noch so einiges mehr.

Hand aufs Herz – wer kann trotz eines Studiums der Rechtswissenschaft noch alle Grundrechte aufzählen? Und in richtiger Reihenfolge?

Der Kabarettist Philip Simon beleuchtet in seinem aktuellen Programm „Meisenhort“, dass Menschen auf der Straße, selbst Atheisten, mehr von den zehn Geboten wissen als vom Grundgesetz. Nicht gut, befindet der Künstler. Dem kollektiven Oberstübchen der Nation könne der im Grundgesetz verkörperte Humanismus guttun.

Stimmt. Auch 70 Jahre nach dem Inkrafttreten lohnt es sich, das Grundgesetz jeden Tag mit Leben zu füllen und es zu leben.

i Näheres unter philipsimon.de oder <https://www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr5/wdr5-neugier-genuegt-redezeit/audio--jahre-grundgesetz---philip-simon-100.html>

HERAUSGEBER:

Der Vorstand des Bundes der Richter und Staatsanwälte in NRW, Landesverband NRW des Deutschen Richterbundes
Martin-Luther-Str. 11, 59065 Hamm, Tel. (02381) 29814; Fax (02381) 22568
E-Mail: info@drb-nrw.de, Internet: www.drb-nrw.de

REDAKTION:

E-Mail: rista@drb-nrw.de

Nadine Rheker (RinAG) (verantwortlich); Dr. Einhard Franke (DAG a. D.); Jürgen Hagmann (RAG a. D.); Stephanie Kerkering (StAin); Harald Kloos (RAG); Lars Mückner (RAG); Antonietta Rubino (RinLG), Johannes Schüler (OSTA a. D.)

VERLAG, ANZEIGEN UND HERSTELLUNG:

Wilke Mediengruppe GmbH
Oberallener Weg 1
59069 Hamm
Telefon: 0 23 85-4 62 90-0
Telefax: 0 23 85-4 62 90-90
E-Mail: info@wilke-mediengruppe.de
Internet: www.wilke-mediengruppe.de

BEZUGSBEDINGUNGEN:

Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.
Bezugspreis für Nichtmitglieder jährlich 20,- € plus Versandkosten.
Konto des Landesverbandes NRW des Deutschen Richterbundes:
Sparkasse Hamm (BIC: WELADED1HAM),
IBAN DE58 4105 0095 0000 0702 27 – auch für Beitragszahlungen
Gläubiger-ID: DE64ZZZ00000532220

Die Formulierungen „Richter“ und „Staatsanwalt“ bezeichnen in rista geschlechtsunabhängig den Beruf. Aus Platzgründen verwenden wir allgemein nur die männliche Form.

Namentlich gekennzeichnete Berichte entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion.

Titelbild und übrige Fotos: DRB, Bildbearbeitung: Inken Arps, Ratingen, S. 7-10: DRB/A. Burkhardt, Cartoons S. 12 und 13: wulkan, Düsseldorf

INHALT

EDITORIAL

3

DRB INTERN

4

Aus der Vorstandsarbeit

4

DRB NRW lädt ein zum Amtsrichtertag!

5

TITELTHEMA

6

BVV 2019: Bericht aus Berlin

6

BVV: Öffentlicher Teil – Jubiläumsfestakt

7

DRB-Kolumbienhilfe

10

Bericht von der Assessorentagung 2019 in Berlin

11

RECHT HEUTE

12

Hallo Grundgesetz stop. 70 ist kein Alter stop.

Glückwunsch stop. Bleib standhaft stop.

12

DRB INTERN

14

Geburtstage

14

ZU BESUCH BEI GOETHE

15

REZENSION

14

Vermögensabschöpfung

14

Das Urteil im Zivilprozess

15

BUNDESVERTRETERVERSAMMLUNG IN BERLIN

Liebe Leserin, lieber Leser,

zu Hause in Berlin. So konnten wir Nordrhein-Westfalen uns Anfang April in Berlin fühlen. Schließlich fand die Bundesvertreterversammlung (BVV) in diesem Jahr in der prächtigen Landesvertretung unseres Bundeslandes in Berlin statt.

Für das höchste Gremium des Deutschen Richterbundes standen Wahlen des Bundespräsidiums auf der Tagesordnung. Es waren viele Delegierte, so viele wie noch nie bei einer BVV. Eindrucksvoll ist allein daran der enorme Mitgliederzuwachs zu erkennen. In Berlin konnte unser Bundesvorsitzender Jens Gnisa bekannt geben, dass inzwischen mehr als 17.000 Mitglieder unserem Verband angehören. Die Delegierten waren hocherfreut über die große Zahl der Beitritte in den letzten Jahren. Stolz waren die Anwesenden besonders auf den Abschluss des Paktes für den Rechtsstaat. Ein wichtiger Durchbruch mit 2.000 neuen Stellen für Richter und Staatsanwälte.

Die Wiederwahl von Jens Gnisa als Bundesvorsitzender erschien als logische Konsequenz dieser Erfolge.

Am letzten Tag lud der Bundesverband zum doppelten Festakt:

110 Jahre Deutscher Richterbund –
30 Jahre Kolumbienhilfe.

Wiederum waren wir bei Festwetter in unsere Landesvertretung geladen. Eine besondere Ehre kam dabei den nordrhein-westfälischen Delegierten zu. Der Justizminister unseres Bundeslandes, Peter Biesenbach, begrüßte jeden Rheinländer, Westfalen und Lipper persönlich. Manchmal können auch kleine Gesten große Wirkungen haben.

Nach der Begrüßung durch unseren Justizminister und dem Grußwort der Bundesjustizministerin Katarina Barley kam es zum ersten Höhepunkt:

Die Präsidentin des Bundesgerichtshofs, Bettina Limperg, hielt die Festrede zum 110-jährigen Bestehen des Deutschen Richterbundes. Bettina Limperg monierte, der Justiz habe es in den vergangenen Jahren an Wertschätzung gefehlt. Sie warnte davor, dass eine Krise des Rechtsstaats immer einhergeht mit einer Krise der Demokratie. Den Pakt für den Rechtsstaat hält Limperg für ein wichtiges Signal der Politik an die Justiz und an die Bevölkerung. Auch unser Bundesvorsitzender

Jens Gnisa hob in seiner Ansprache noch einmal die Bedeutung des Pakts für den Rechtsstaat hervor. Nach innen stehe eine Reform der Strafprozessordnung auf der Tagesordnung. Nach außen müssen wir uns dafür einsetzen, dass das Friedensprojekt Europa seine Strahlkraft behält.

Zum Abschluss stand der zweite Festakt an: 30 Jahre Kolumbienhilfe.

Festredner war der ehemalige kolumbianische Richter Iván Velásquez, den der Deutsche Richterbund 2012 mit dem Menschenrechtspreis ausgezeichnet und der im letzten Jahr den Alternativen Nobelpreis erhalten hat. Er dankte dem Deutschen Richterbund in einer bewegenden Rede für dessen 30 Jahre andauerndes Engagement in Kolumbien. Bei dem Festakt sagte der jetzige Chef der UN-Kommission in Guatemala: „Der Kampf für echte Demokratie hängt immer von der Stärke und Unabhängigkeit der Justiz ab.“

Zuvor kamen die Gründungsväter der Kolumbienhilfe zu Wort:

Rainer Voss, unser langjähriger Bundes- und jetziger Ehrenvorsitzender, und Antonio Suárez von der Organisation FASOL in Kolumbien. Mir kam die Ehre zu, mit beiden über die Gründung der Kolumbienhilfe zu sprechen. Das Gespräch führte uns zurück in das Jahr 1989. Hier in Berlin der Fall der Mauer. Dort in Kolumbien der mörderische Terror gegen Staatsanwälte und Richter. Hunderte von Kolleginnen und Kollegen waren diesem Terror zum Opfer gefallen und der dortige Staat unterstützte nicht einmal deren Frauen und Kinder. Knapp zwei Millionen Euro haben unsere Mitglieder über die Jahre an die Kolumbienhilfe gespendet. Antonio Suárez drückte die tiefe Dankbarkeit für die Hilfe und die Solidarität des Deutschen Richterbunds aus.

Und ergriffen sagte Rainer Voss: „Die Kolumbienhilfe ist das Beste, was dem Deutschen Richterbund passiert ist.“

Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Ihr
Joachim Lüblinghoff



Joachim Lüblinghoff

AUS DER VORSTANDSARBEIT

VIEL GETAN UND VIEL ZU TUN

Der Geschäftsführende Vorstand absolviert im Laufe des Jahres eine ganze Reihe bedeutender Termine. Der folgende Kalenderauszug für März bis Juni 2019 gibt einen Überblick:

11./12.3.19	Geschäftsführender Vorstand / Gesamtvorstand / LVV Quellenhof in Aachen (alle)
18.03.2019	rista-Redaktionssitzung, Lindenwirtin Duisburg
22.03.2019	Besoldungsgespräch MinPr Düsseldorf, 10:30 Uhr (Friehoff, Dr. Wagner)
25.03.2019	LVV Rh.-Pf., 11:00 Uhr, Pfarrgemeinde Heilig Kreuz, Landau i. d. Pf. (Friehoff)
25.03.2019	Mitgliederversammlung des RiV der Sozialgerichtsbarkeit, 14:00 Uhr (Posegga)
29.03.2019	60. Geburtstag PLG Düsseldorf, 18:00 Uhr im Landgericht (Friehoff)
29.03.2019	Besoldungskommission/Besoldungsexperten, 09:00 Uhr, Berlin (Dr. Wagner)
03.-05.04.19	BuVo / BVV / 110-jähriges Jubiläum in Berlin
10.04.2019	Gespräch mit Arbeitskreis Recht der SPD, 13:30 Uhr im Landtag (Friehoff, Caspers, Posegga, Kremer, Hubert, Wagner)
11.04.2019	Anwaltsgerichtstag NRW 2019, 16:00 Uhr im Marriott Hotel Köln (Kremer)
29.04.2019	Einweihung AG Gummersbach, 10:30 Uhr (Kremer)
29.04.2019	Tag der Arbeit 2019, Stadthalle Hagen, 18:00 Uhr (Friehoff)
09.05.2019	Werkstattkonferenz Rechtsstaat, Zeche Zollverein, 12:00 Uhr, Essen, Podiumsdiskussion (Friehoff)
10./11.5.2019	Impulse für eine effektive Verbandsarbeit, Seminar in Berlin (Friehoff, Hubert)
14.05.2019	Dropbox-Schulung, Wilke Mediengruppe, 14:00 Uhr rista-Redaktionssitzung, Wilke Mediengruppe, 15:00 Uhr
15.05.2019	Geschäftsführenden, Vorstand / Jahresgespräch mit JM 14:00 Uhr, H108, Düsseldorf
21.05.2019	DBB Gewerkschaftstag, 10:00 Uhr Crowne Plaza Düsseldorf-Neuss (Friehoff)
23.05.2019	Amtsrichterkommission, 15:00 Uhr, AG Oberhausen, Zimmer 116
24.05.2019	Verabschiedung Reske, 11:00 Uhr, OLG Köln (Lindemann)
27.05.2019	Fachtagung zum Inkassowesen, 14:15 Uhr, OLG Düsseldorf (Reiprich)
18.06.2019	Gespräch mit IT-Abteilung JM, 10:30 Uhr (Friehoff, Posegga)
25.06.2019	Sommerfest der SPD, 18:00 Uhr (Reiprich)
28.06.2019	200-Jahr-Feier OLG Köln, 11:00 Uhr, Festakt, anschließend Sommerfest ab 15:00 Uhr (Friehoff, Reiprich)

Highlight-Termin im Mai war das sich an die Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands am 15.05.2019 anschließende Jahresgespräch mit dem Minister der Justiz Peter Biesenbach. Dabei ging es um folgende Themen:

Personal- und Nachwuchslage

Die Zahlen haben sich auf dem Niveau der letzten Jahre in etwa gehalten. Es gab 876 Bewerbungen im Jahr 2018 (38 % Prädikat), was in etwa dem Vorjahresniveau (2015 waren es allerdings über 1000) entspricht. 330 der Bewerber (die Zahl liegt

im Schnitt der Vorjahre) sind im Jahr 2018 eingestellt worden.

Belastung

Das gemeinsame Ziel heißt weiter: 100%-PebbSy.

Elektronischer Rechtsverkehr / elektronische Akte

79 Behörden sind mittlerweile zentralisiert mit nahezu allen Behördenarten. Die Fortschritte liegen ein wenig hinter dem Masterplan, aber nicht entscheidend zurück. In Einzelfällen wird auch schon die

führende Akte pilotiert. Für die Landgerichte wird der Rollout erwogen. Angestrebt wird der Januar 2020 für alle Zivilkammern der Landgerichte. Die elektronische Akte am Amtsgericht in Zivilsachen wird pilotiert. Der Wunsch nach der führenden elektronischen Akte wurde dort schon geäußert. Die elektronische Akte in Zivilsachen wird derzeit beim OLG Hamm pilotiert und auch von den OLG Düsseldorf und Köln gewünscht. Es fehlt noch die Zustimmung der Mitbestimmungsgremien. Die elektronische Akte Strafsachen wird noch 2019 pilotiert werden. Es stehen noch entsprechende Rechtsverordnungen des Bundes aus und es müssen Vereinbarungen mit der Polizei getroffen werden. Die elektronische Versendung von Schriftstücken ist derzeit noch nicht einsatzfähig.

Peßßy

Der DRB sieht Nachsteuerungsbedarf bei folgenden Produkten:

- RA 400 (Landwirtschaftssachen, Freiheitsentziehung, Standesamtssachen usw.). Rückaufteilung in Teilgeschäfte. 30 min für Freiheitsentziehungen (z. B. Abschiebehafensachen) sind zu wenig.

- Vermögensabschöpfung umfasst nach Gesetzesnovelle zusätzliche Bereiche und muss daher insgesamt neu berechnet werden.
- Eil- und Bereitschaftsdienst. 25600 Minuten bilden die reine Bereitschaftszeit nach der 1/8-Berechnung des EuGH ab. Dies greift wie bei der Feuerwehr möglicherweise zu kurz.
- Jugendschutzsachen beim Jugendschöffengericht sind im Vergleich zu Erwachsenensachen zu schlecht bewertet.
- Die Anzahl der Angeklagten wird beim Amtsgericht nicht ausreichend berücksichtigt.

Hierzu wird es gesonderte Gespräche mit den zuständigen Bearbeitern im Ministerium geben.

Zukunftsfähigkeit der Justiz

Der im Sommer 2018 veranstaltete Workshop „Zukunftswerkstatt“ wurde im JM ausgewertet. Noch in diesem Jahr soll die Zukunftswerkstatt fortgesetzt werden.

Eil- und Bereitschaftsdienst

Zur Organisation der Eil- und Bereitschaftsdienste soll es am 9. Juli 2019 einen Workshop geben.

DRB NRW LÄDT EIN ZUM AMTSRICHTERTAG!

Am **23. September 2019** nimmt sich die Amtsrichterkommission des Landesverbands **das** Thema vor, das uns allen auf den Nägeln brennt:

Den Bereitschaftsdienst!

Es werden folgende Workshops angeboten:

- **Modelle für den Bereitschaftsdienst**
- **Professionalisierung des Bereitschaftsdienstes**
- **Selbstbild der Justiz – Schnelligkeit vs. Gründlichkeit?**
- **Nachwuchsgewinnung**

Der Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen Peter Biesenbach hat seine Teilnahme angekündigt.

Alle Amtsrichterinnen und Amtsrichter sind herzlich eingeladen. Die Teilnahme ist auch für Nichtmitglieder des DRB kostenlos!

Ort und Zeit:

Montag, 23.09.2019, 10:00 bis 16:00 Uhr,
Stadthalle Mülheim an der Ruhr, Theodor-Heuss-Platz 1, 45479 Mülheim an der Ruhr

BVV 2019: BERICHT AUS BERLIN



Die NRW-Delegation in Berlin

Die Bundesvertreterversammlung (BVV) ist das höchste Beschlussorgan des Deutschen Richterbundes. Sie besteht aus Vertretern aller Mitgliedsverbände, die nach einem in der Satzung festgelegten Schlüssel entsprechend der Anzahl ihrer Mitglieder ihre Vertreter entsenden. Die Bundesvertreterversammlung fasst die grundlegenden Beschlüsse zur Verbandspolitik und wählt das Präsidium. Sie tagt regelmäßig im Abstand von 18 Monaten.

Neuwahlen

Am 04.04.2019 hat die BVV in Berlin ein neues Präsidium gewählt und Jens Gnisa für eine zweite Amtsperiode zum Vorsitzenden des Deutschen Richterbundes bestimmt. Nach seiner Wiederwahl sagte Gnisa: „Ich danke allen Delegierten für ihr Vertrauen. Ich freue mich über die Unterstützung bei der weiteren gemeinsamen Arbeit im Deutschen Richterbund in den kommenden drei Jahren.“

Gnisa verwies auf den zuletzt vereinbarten Pakt für den Rechtsstaat, der nun in den Ländern umgesetzt werden müsse. Nach wie vor leide vor allem die Strafjustiz unter einem hohen Arbeitsdruck. Gnisa forderte eine Reform der Strafprozessordnung: „Jetzt, nach der Wahl, wird direkt weitergearbeitet, die Modernisierung des Strafprozesses ist mein erster Arbeitsschwerpunkt in der neuen Legislaturperiode.“

Neben Gnisa ist Barbara Stockinger neue stellvertretende Vorsitzende. Joachim Lüblinghoff wurde als stellvertretender Vorsitzender im Amt bestätigt. Neu gewählt in das 13-köpfige Gremium, das die

laufenden Geschäfte des Verbandes führt und für eine Amtszeit von drei Jahren gewählt wird, wurden: Britta Erbguth, Roland Kempfle, Dieter Killmer, Oliver Piechaczek und Hans Jörg Städler-Pernice. Komplettiert wird es durch: Katja Bernhard, Peter Fölsch, Anne Lipsky, Marco Rech und Bernhard Joachim Scholz.

Aus dem Präsidium verabschiedeten sich die stellvertretende Vorsitzende Lore Sprickmann Kerkerinck, Heike Neuhaus, Dr. Anne Wildfang, Dr. Peter Schneiderhahn und Dr. Kim Jost. Gnisa sprach ihnen aufrichtigen Dank und große Anerkennung für ihre unverzichtbaren und prägenden Beiträge aus.

Tätigkeitsbericht

„Wir können alle zufrieden sein und auch stolz“, zog Gnisa Bilanz aus der harten, engagierten und erfolgreichen Arbeit von Vorsitzendem und Präsidium.

Mit persönlicher Präsenz der Mitglieder des Präsidiums bei einer Fülle von Terminen im In- und Ausland und großer Fachkunde in der Sacharbeit ist der DRB als starke Stimme des Rechtsstaats anerkannt und wird in Berlin gehört. Mit dem Rechtsstaatspakt wurde ein wichtiger Schritt für bessere Bedingungen gemacht.

Aber nicht nur zu Hause setzt sich der DRB für die Belange des Rechtsstaats ein. Mitglieder des Präsidiums waren vor Ort in Polen und in der Türkei und haben mit dortigen Kollegen gesprochen, ungeachtet der realen Gefahr, sich damit selbst der Verfolgung auszusetzen. Gnisa erinnerte an

das furchtbare Urteil gegen den Verfassungsrichter und Vorsitzenden der inzwischen verbotenen Union der türkischen Richter und Staatsanwälte (Yarsav) Murat Arslan, der zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde, weil ihn ein Gericht in Ankara in Verbindung mit terroristischen Straftaten brachte. „Wir werden Arslan nicht vergessen und uns nachhaltig für ihn einsetzen!“, sagte Gnisa.

Rückblick und Ausblick

Schwerpunkte der Arbeit waren und sind Belastung, Besoldung und Ausstattung im Hinblick auf

elektronischen Rechtsverkehr und elektronische Akte. Peßßy eins zu eins sei ein berechtigter Anspruch und keine Bitte, sagte Gnisa. Der Anspruch wird gegenüber der Politik nach wie vor geltend gemacht werden. Die bundeseinheitliche Besoldung bleibt ebenfalls ein großes Verbandsziel. Daneben steht die vernünftige technische Ausstattung für die E-Akte im Fokus.

Ein neues Schlaglicht wird der DRB auf die Arbeit und Präsenz in Europa legen. Denn nur mit einem starken Europa könne etwas bewegt werden.

BVV: ÖFFENTLICHER TEIL – JUBILÄUMSFESTAKT



Iván Velásquez Gómez, Dr. Katarina Barley, Bettina Limberg, Jens Gnisa

Der Deutsche Richterbund wird in diesem Jahr 110 und seine Kolumbienhilfe 30 Jahre alt. Zum Jubiläums-Festakt des DRB sprach Bundesjustizministerin Katarina Barley, den Festvortrag hielt die Präsidentin des Bundesgerichtshofs, Bettina Limberg.

Zu Gast war außerdem der ehemalige kolumbianische Richter Iván Velásquez Gómez, einer der prominentesten Fürsprecher der Kolumbienhilfe. 2012 hat ihn der DRB mit dem Menschenrechtspreis des Verbandes ausgezeichnet. Heute ist Velásquez Chef der UN-Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala (CICIG). 2018 bekam er für die gemeinsame Anti-Korruptionsarbeit mit Guatemalas Ex-Generalstaatsanwältin Thelma Aldana, die für das Präsidentenamt des

zentralamerikanischen Landes kandidiert, den Alternativen Nobelpreis.

Das Grußwort bei der Veranstaltung hielt Nordrhein-Westfalens Justizminister Peter Biesenbach.

„Heute ist ein Fest der Solidarität der Justiz“, sagte Iván Velásquez Gómez über die öffentliche Veranstaltung anlässlich der Bundesvertreterversammlung am 05.04.2019 in der Vertretung des Landes NRW beim Bund in Berlin. Einer von vielen Gänsehautmomenten, die der Festakt des DRB zu bieten hatte. Zu feiern gab es 110 Jahre Zusammenhalt der Justiz im Deutschen Richterbund und 30 Jahre internationale Solidarität in der Kolumbienhilfe des DRB.



Iván Velásquez Gómez

Für diese Solidarität bedankte sich Velásquez in einer bewegenden und erschütternden Rede: „Der DRB unterstützt mich im Kampf um Gerechtigkeit.“ „308 Justizbedienstete sind tot, 108 bedroht.“ Für den Rechtsstaat und gegen die Straflosigkeit der Macht setzt Velásquez sich ein. Der heutige Festakt sei so wichtig, denn: „Der Kampf für wahre Demokratie hängt immer von der Stärke und Unabhängigkeit der Justiz ab.“

Pure Energie



Mil Santos und Band

Typisch kolumbianisch folgte auf Betroffenheit die Lebensfreude: Mil Santos, in Berlin im Exil lebender Sänger und Komponist aus Cali, Kolumbien, holte mit seiner Band das Publikum nicht nur wieder ab, sondern auch (fast) von den Stühlen.

Cali

Im Justizpalast der als Hauptstadt der Salsa bekannten Dreimillionenstadt Cali steht seit dem 23.11.2017 eine Gedenktafel für etwa 100 ermordete Richter, Staatsanwälte und weitere Justizbedienstete. FASOL, Miserior und der DRB werden dort erwähnt.

110 Jahre Deutscher Richterbund

In einer fast schon staatsmännischen Rede blickte DRB-Vorsitzender Jens Gnisa auf die Geschichte des Verbandes zurück und scheute sich nicht, auch beschämende Kapitel, wie ein Treffen des DRB-Präsidiums mit Hitler, aufzuschlagen. Standhaft zu bleiben, Angriffen auf die Rechtsordnung zu wehren und an das Grundgesetz zu glauben, dazu rief er auf und machte deutlich, dass die richterliche Unabhängigkeit ein Bollwerk gegen überbordende Macht darstellt. Allerdings sei die Justiz, dieser wichtige Pfeiler des Staates, durch zu viel Sparen ausgezehrt. Froh sei er daher über den Pakt für den Rechtsstaat, der „nicht nur ein politisches Versprechen über 2000 Richter und Staatsanwälte und für eine verbesserte Ausstattung“ sei, sondern auch ein Zeichen an die Bürger, dass nun für eine Justiz gesorgt werden solle, „die die bestehenden Gesetze auch konsequent anwenden und durchsetzen kann“. Für die Zukunft bilde Europa eines der zentralen Arbeitsfelder des DRB. Das Friedensprojekt Europa habe in völliger Verkennung der Geschichte an Glanz verloren, sei in Gefahr. „Europa braucht jetzt die Unterstützung seines größten Verbandes der Richter und Staatsanwälte“, machte Gnisa deutlich.

Festvortrag: Der Rechtsstaat als Auftrag

„Die Justiz leidet unter ausgedünnten Strukturen“, beklagte auch die Präsidentin des Bundesgerichtshofs, Bettina Limperg, in ihrem scharfsinnigen und pointierten Festvortrag. Den Zustand der Justiz könne man medizinisch vielleicht mit einem Erschöpfungssyndrom beschreiben. Es habe der Justiz zu lange an Wertschätzung gefehlt. Limperg warnte davor, dass eine Krise des Rechtsstaats immer mit einer Krise der Demokratie einhergehe und beides Gift für die Wurzeln unserer gesellschaftlichen Ordnung sei. Die Bürger seien der Teil der Voraussetzungen für einen Rechtsstaat, die dieser nicht garantieren könne, sie müssten für den Rechtsstaat gewonnen werden. Der Rechtsstaat sei als Auftrag zu begreifen. Dazu müsse die Justiz so



Bettina Limperg

ausgestattet sein und das Handwerkszeug erhalten, um gut und in angemessener Zeit Recht sprechen zu können. „Ein Rechtsstaat, dem die Menschen nicht mehr vertrauen, lässt sich leicht untergraben“, mahnte Limpberg.

Danke für laute Stimme und Engagement für Menschenrechte



Dr. Katarina Barley

Bundesjustizministerin Katarina Barley macht sich Sorgen um den Rechtsstaat, den es offensiv zu vertreten und zu verteidigen gelte gegen eine Kritik auch aus der politischen Mitte, die dem Rechtsstaat nicht gerecht werde, und gegen Kräfte, deren Ziel es sei, den Rechtsstaat auszuhöhlen. Sie sieht Politik und Justiz zudem gemeinsam gefordert, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für den Rechtsstaat zu professionalisieren, um ihn zu stärken. Außerdem betonte sie die Verantwortung für und in Europa: „Bei der Unabhängigkeit der Justiz gibt es keine Kompromisse, da heißt es klare Kante.“

Dem DRB dankte sie für „seine laute Stimme in allen diesen Bereichen, die gehört wird“, und nannte sein Engagement für die Menschenrechte „aller Ehren wert“.

30 Jahre Kolumbienhilfe

1989 hat der DRB die Kolumbienhilfe eingerichtet, die seitdem knapp zwei Millionen Euro Spenden gesammelt hat. Anlass war der seit Beginn der 1980er-Jahre vom Staat nicht wirksam bekämpfte Terror gegen Justizangehörige und ihre Familien in Kolumbien. Mit den Spenden unterstützt der DRB in Zusammenarbeit mit dem Bischöflichen Hilfswerk Misereor die Arbeit der Selbsthilfe-Organisation FASOL, die sich für Opfer aus dem kolumbianischen Justizwesen und deren Hinterbliebene einsetzt.

Ein folgenreiches Treffen auf dem Fernsehturm in Düsseldorf

Wie alles begann, das erzählten die Gründungsväter des Erfolgsprojektes Antonio Suárez, Vizepräsident FASOL, und Rainer Voss, Ehrenvorsitzender des DRB, im Gespräch mit dem stv. Vorsitzenden des DRB Joachim Lüblinghoff so lebendig, als sei es gerade erst gestern gewesen, dass sie auf dem Fernsehturm in Düsseldorf Geschichte schrieben. Suárez, der 1989 Sprecher der kolumbianischen Justizgewerkschaft war, hatte trotz des Terrors eine Reise nach Europa gewagt und sprach dort öffentlich über die Bedrohungen und Verfolgungen in der kolumbianischen Justiz. Mit Rainer Voss, zu dem Zeitpunkt NRW-Landes- und stv. Bundesvorsitzender, traf er sich in Düsseldorf im Fernsehturmrestaurant zum Essen. Gegessen haben beide dann aber nicht viel, die Schilderungen nahmen den Appetit. „Was Antonio mir erzählte, das hat mich so erschreckt, ich habe mir das nicht vorstellen können, ich konnte das gar nicht glauben“, war Voss noch immer fassungslos über die Gräueltaten, von denen Suárez berichtet hatte. Dass es fast noch schlimmer war, ergab die Verifizierung über das Auswärtige Amt. Angesichts der vielen ermordeten Richter und Staatsanwälte und vor allem wegen des Umstands, dass sich der Staat nicht um die Hinterbliebenen, die Ehefrauen und Kinder, kümmerte, war für Voss



Rainer Voss, Joachim Lüblinghoff, Antonio Suárez

klar, dass man etwas machen musste: eine Spendenaktion. Damals, erinnerte sich Voss, war der DRB bei politischen Themen und Menschenrechten noch zurückhaltend, es galt also, den Bundesvorstand von der Sache zu überzeugen. Daher wurde der Amtsvorgänger von Suárez, der Asyl in Spanien bekommen hatte, zur Bundesvorstandssitzung eingeladen und erzählte dort von seinem Schicksal. Den Vorstand beeindruckte das tief und der bewegendste Moment führte zur Antragstellung für eine Hilfsaktion, die einstimmig angenommen wurde. Der Startschuss für eine beispiellose Aktion, von der Voss sagt:

„Das ist das Beste, was der DRB vollbracht hat!“

Es ging mal nicht um Stellen und Besoldung, der DRB hat einfach mal etwas für andere getan. Voss ist die Dankbarkeit der kolumbianischen Freunde fast peinlich. „Es ist doch nur Geld, was wir geben.“

Aber Suárez erklärte: „Das Geld, das Sie gespendet haben, wird so benutzt, dass Bedingungen für einen kleinen Frieden und Normalität geschaffen werden, in denen Richter und Staatsanwälte tätig werden. 547 Familien wurde geholfen, mehr als 1.000 Personen haben die Hilfe zu spüren bekommen.“ Sicherheitsmaßnahmen gegen Bedrohungen konnten von dem Geld ergriffen werden, Ausbildung und psychologische Hilfe für die Kinder der Opfer wurden ermöglicht, Umzüge finanziert.

Die Hilfe ist nach wie vor erforderlich, es gibt immer noch Regionen, in denen Gewalt an der Tagesordnung ist.

Suárez unterstrich noch einmal die tief empfundene Dankbarkeit der kolumbianischen Kollegen und ihrer Familien und überreichte Jens Gnisa eine Skulptur, die von Angehörigen von Opfern des Terrors gefertigt worden ist.



DRB-KOLUMBIENHILFE

Der Deutsche Richterbund sucht Spender in Deutschland, die für ermordete und verfolgte Justizangehörige und deren Familien in Kolumbien spenden. Seit Ende der 80er-Jahre hilft der Richterbund – unterstützt von Misereor – Angehörigen und Hinterbliebenen ermordeter Justizangehöriger in Kolumbien. Das Projekt „Kolumbienhilfe“ ist weltweit das einzige, mit dem eine berufsständische Vertretung von Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten Kolleginnen und Kollegen sowie deren Familien in einem Land betreut, in dem gezielte Gewalttaten auch gegen Justizangehörige zum Alltag gehören. Mit Ihrer Spende gewährleisten Sie, dass die Projektarbeit fortgeführt werden kann. Auch kleine Spenden helfen.

Bitte unterstützen auch Sie die Kolumbienhilfe des Richterbundes!

Das Spendenkonto der Kolumbienhilfe:

Empfänger: MISEREOR e. V.,

IBAN: DE 93 3905 0000 0000 0020 14

SWIFT-BIC: AACSD33

Stichwort:

„Spende/Hilfe für kolumbianische Richter/DRB“

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

(bitte senden an: DRB, Kronenstraße 73/74, 10117 Berlin oder per Fax an: 0 30/20 61 25 25)

Ich helfe regelmäßig.

Bitte buchen Sie für die Kolumbien-Hilfsaktion des Deutschen Richterbundes meine Spende von meinem Konto ab.

Ich spende monatlich den Betrag von

☐ 10 € ☐ _____ €

Abbuchungsweise:

☐ monatlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich

IBAN: _____

BIC: _____

Name/Adresse: _____

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Datum, Unterschrift: _____

(Die Spenden werden vom Hilfswerk MISEREOR eingezogen. Alle Spenderinnen und Spender erhalten von MISEREOR, Mozartstraße 9, 52064 Aachen, eine Jahreszuwendungsbestätigung.)

BERICHT VON DER ASSESSORENTAGUNG 2019 IN BERLIN

Anlässlich der diesjährigen am 4. und 5. April in Berlin stattgefundenen Bundesvertreterversammlung des Deutschen Richterbundes trafen sich am 3. April im Vorfeld 16 Assessorenvertreterinnen und Assessorenvertreter der einzelnen Landes- und Fachverbände aus den Reihen der ordentlichen und der Fachgerichtsbarkeit sowie der Staatsanwaltschaften in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen in Berlin zum Erfahrungs- und Wissensaustausch. Unter der Leitung des seinerzeitigen Präsidiumsmitgliedes RiLG Kim Jost wurden zum einen die von den Assessoren und Assessorinnen in den unterschiedlichen Bezirken geäußerten Belange und Wünsche erörtert und zum anderen wurde diskutiert, wie die Arbeit in der Justiz auch unter dem Aspekt der anstehenden „Pensionierungswelle“ zum Zweck der Nachwuchsgewinnung attraktiver gestaltet werden könne. So wurde berichtet, dass etwa für den OLG-Hamm-Bezirk die Zahl der Bewerber erheblich zurückgegangen sei und dass die Assessment-Center nicht mehr durchgehend besetzt seien. Als Grund für die zurückgehende Bewerberzahl wurde unter anderem die abschreckende Wirkung der fehlenden örtlichen Planungssicherheit – gerade in Flächenbezirken – während der Probezeit benannt. Als gleichermaßen unattraktiv wurde die häufige Arbeitsteilung auf mehrere Dezernate mit örtlicher Trennung in unterschiedlichen Städten angesehen. Potenziert werde diese Abschreckung zum Teil auch durch die Kommunikation seitens der Justizverwaltung, wenn zum Beispiel die beabsichtigte Verwendung nicht rechtzeitig mitgeteilt werde und neue Zuweisungen oftmals sehr kurzfristig vorgenommen würden. Dieser Problematik sei Nordrhein-Westfalen jedoch in einigen Bezirken bereits entgegengetreten, wo inzwischen feste Zusagen über Verweildauern gemacht würden. Die mitunter in manchen Ländern praktizierte lange Probezeit von zum Teil mehr als vier Jahren wurde ebenfalls als für die Nachwuchsgewinnung nicht förderlich benannt. Als problematisch wurde darüber hinaus zum Teil auch die hohe und als ungleich empfundene Arbeitsbelastung angesehen. Darüber hinaus mache die in einigen Bezirken bestehende schlechte

Büroausstattung den Arbeitsplatz in der Justiz für den Nachwuchs ebenfalls nicht attraktiver. Eine Pensenenlastung, gepaart mit einer Umverteilung von Altverfahren für Berufsanfänger – wie es in einigen Landesverbänden bereits praktiziert wird –, wurde ebenso wie ein Mentoren-System als hilfreich für den Berufseinstieg angesehen.

Ferner wurde die Erstellung eines Eckpunktepapiers angeregt, in welchem dargestellt werden soll, wie sich der Verband den Umgang mit Berufsanfängerinnen und Berufsanfängern in der Justiz vorstellen könnte. Da ein solches Positionspapier jedoch nicht zielführend in der nur alle 1,5 Jahre tagenden Sitzung der Assessorenvertreterinnen und Assessorenvertreter erstellt werden könne, wurde für sinnvoll erachtet, die maßgeblichen Fragen für ein Eckpunktepapier in einer kleinen Gruppe zu erarbeiten. Zu diesem Zweck erklärten sich Sinah Maria Stenzel aus Brandenburg, Sebastian Booke aus Nordrhein-Westfalen, Laura Grießer aus Hamburg sowie Christian Tabel aus Mecklenburg-Vorpommern bereit, sich in einer solchen Arbeitsgruppe zusammenzuschließen. Das so erarbeitete Positionspapier soll dann an die Landesverbände weitergeleitet werden, wo aus den Antworten und dem Ist-Bestand in einem zweiten Schritt ein Soll-Standard formuliert werden könnte, der in einer abschließenden Sitzung der Assessorenvertreterinnen und Assessorenvertreter zu verabschiedet wäre.

Die erarbeiteten Punkte wurden am nächsten Tag dem Bundespräsidium des Deutschen Richterbundes im Rahmen der Bundesvertreterversammlung vorgestellt.

Trotz der angesprochenen Probleme wurde deutlich, mit wie viel Begeisterung und Überzeugung die Assessorinnen und Assessoren ihre Arbeit verrichten. Um diese positive Grundstimmung zu erhalten, ist es nach Meinung aller Teilnehmenden jedoch auch notwendig, die erarbeiteten Verbesserungsvorschläge umzusetzen.

StA Johannes Fringes, Köln

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €

- Vorteilszins für den öffentl. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit

2,50% echter Vorteilszins
effektiver Jahreszins

SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite
sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!

Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

- Unser bester Zins aller Zeiten

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz: 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- €
Vorteil: Kleinzins, kleine Rate, Annahme: gute Bonität.

Sensationell günstig

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH

Exklusivzins
sehr gut

www.AK-Finanz.de

HALLO GRUNDGESETZ STOP. 70 IST KEIN ALTER STOP.

Artikel 3

I Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

II Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

III Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Sprache, seines Glaubens, seiner religiösen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Als das Grundgesetz aus der Taufe gehoben wurde, waren Glückwunschtelegramme ein großer Schlager (Hit sagte man damals noch nicht). Ein leibhafter Postbote brachte das Telegramm ins Haus, gratulierte gleich auch selbst und ging mit einer Mark Trinkgeld beschwingt davon. Tempi passati, we are online.

Geradezu bizarr erscheint es auf den ersten Blick, dass das papierne Original des Grundgesetzes von 1949 (nebst einem Mikrofilm davon) luftdicht verpackt in Edelstahl im Barbarastollen tief im Granit des Schwarzwaldes gelagert wird. Auf den zweiten Blick kann man in dieser Lagerung im zentralen Bergungsort der Bundesrepublik schon einen Sinn erkennen, auch wenn daran bei der Einlagerung noch niemand denken konnte.

Wie lange werden wir bei unserer Arbeit noch Gesetze in Papierform nutzen? Wie kurz dauert es noch, bis uns Schönfelder und Sartorius nur mehr als voluminöse Dateien zur Verfügung stehen? So what, werden Sie vielleicht sagen, wir leben im digitalen Zeitalter. Aber wie „sicher“ ist unser Grundgesetz, sind die Texte unserer Gesetze eigentlich?



GLÜCKWUNSCH STOP. BLEIB STANDHAFT STOP.

Täglich können wir verfolgen, wie sich nicht nur Freaks aus Jux, sondern auch Profis mit bestimmten Interessen über fremde Daten hermachen und sie manipulieren. Wirkliche Sicherheit scheint es in dieser Sphäre nicht zu geben. So liegt der Gedanke gar nicht so fern, dass auch an unseren Gesetzen ein wenig herumgefakt wird, wenn sie zum Beispiel der Durchsetzung wirtschaftlicher oder politischer Interessen hinderlich sind. Gerade am Grundgesetz missfällt Wutbürgern und anderen Fanatikern vieles. „Virologen“ in bestimmten Diensten haben es zu solcher Fertigkeit gebracht, dass sie ein (vom betroffenen Staat sicherlich bestmöglich geschütztes) Programm zur Steuerung von Urananreicherungs-zentrifugen lahmlegen konnten. Die meisten von uns wird das damals gefreut haben.

Und wenn derartige Dienste eines Tages unserem Staat Schaden zufügen wollten, indem sie z. B. unsere Verfassung in ein schwarzes Datenloch schicken? Völlig abwegig? Nichts ist mehr abwegig, wenn es technisch machbar ist und dem eigenen Interesse nutzt.

Was stand noch mal in Artikel 3 GG? Vielleicht wird man die Dokumente im Barbarastollen noch mal brauchen.

PS: Ist Ihnen bei der Lektüre des oben zitierten Artikels 3 etwas aufgefallen?



EINE SYSTEMATISCHE GESAMTDARSTELLUNG MIT TIEFGANG

VERMÖGENSABSCHÖPFUNG

„Vermögensabschöpfung“ lautet der Titel der zweiten Auflage des Handbuchs für das Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren, mit dem der Bundesanwalt a. D. Wilhelm Schmidt Praktikern einen Überblick über den gesamten Bereich der Vermögensabschöpfung nach der Reform zum 1. Juli 2017 zu vermitteln versucht.

Das über 600 Seiten starke Werk (Verlag C.H.Beck, ISBN 978-3-406-71679-9, 109,00 EUR) besteht aus neun Teilen nebst Anhang, in denen die materiellen Regelungen aus StGB und OWiG einschließlich der sichernden Maßnahmen, des Verfahrens bei Einziehungen, des Insolvenz-, Strafvollstreckungs- und Entschädigungsverfahrens sowie die allgemeinen systematischen und internationalen Bezüge erläutert werden.

Schon die Einleitung mit dogmatischer Einordnung unter Berücksichtigung verfassungsrechtlicher Grundlagen macht deutlich, dass es sich nicht um eine bloße Vermittlung von Basiswissen handelt, sondern um Tiefergehendes. Die gesetzlichen Regelungen werden im Folgenden jeweils mit besonderer Betonung der Abweichungen zur bisherigen

Rechtslage und unter Hinweis auf die dazu vertretenen Ansichten dargestellt und diskutiert. Darin liegt sicherlich eine große Stärke des Werkes. Es bedeutet aber zugleich, dass das Buch weniger für den schnellen Einstieg als vielmehr zur Vertiefung bereits vorhandener Kenntnisse oder zum Nachschlagen geeignet erscheint.

Die umfangreiche, zum Insolvenzrecht etwas ausschweifende Behandlung der ansonsten im Strafbereich nicht so präsenten vollstreckungsrechtlichen Aspekte dürfte sich für die Praxis punktuell ebenso als gute Hilfe erweisen wie der Anhang mit Fundstellennachweisen zu Entscheidungen und Formularbeispielen. Des vielseitigen Abdrucks von Rechtsvorschriften hätte es hingegen nicht bedurft. An einigen Stellen erscheint die Überarbeitung zudem etwas flüchtig.

Zusammenfassend handelt es sich um eine umfassende Darstellung der komplexen Materie der Vermögensabschöpfung, die angesichts der zu erwartenden steigenden Bedeutung der Thematik ihren Platz in den Bibliotheken finden wird.

RiLG Stefan Teuber, Duisburg

WIR GRATULIEREN ZUM GEBURTSTAG JULI/AUGUST 2019

Zum 60. Geburtstag

01.07. Dr. Jens Luge
03.07. Frank Diedrichs
06.07. Uwe Malzen
07.07. Ralf Peter Vetter
08.07. Dr. Thomas Kolmetz
20.07. Georg Juffern
26.07. Karl-Heinz Volesky
27.07. Dr. Uwe Meiendresch
28.07. Uwe Schneiders
30.07. Rainer Mues
Ulrich Scheepers
07.08. Ansgar Becker
12.08. Werner Schwenzer
13.08. Celso Lopez Ramos
28.08. Peter Clemen
Martina Drouven

Zum 65. Geburtstag

02.07. Ellen Stocksclaeder-Nöll
18.07. Edith Weis

27.07. Reinhart Schulz
11.08. Michael Schlotmann
19.08. Hans-Joachim Koch

Zum 70. Geburtstag

04.07. Friedrich Korf
07.07. Willi Kurt Erdmann
Jürgen Gaszczarz
18.07. Bernd Grewer
20.07. Peter Wedderwille
24.07. Elisabeth Henckel
25.07. Klaus Winterpracht
11.08. Clara Rütten-Weber
26.08. Jochen Gronski
27.08. Rainer Engel

Zum 75. Geburtstag

04.07. Dr. Bernd Jaeger
17.07. Johannes Schultz
19.07. Peter Tschackert
Juergen Schrimpf
Dr. Karl Breitkopf

04.08. Hans-Dieter Saßenhausen
07.08. Ernst Broemmelmeier
17.08. Dorothee Osterhagen

Zum 80. Geburtstag

03.08. Ludwig Kleimann

Zum 85. Geburtstag

03.08. Dr. Klaus Tilkorn
25.08. Johannes Ernst

und ganz besonders

07.07. Bruno Peters (97 J.)
08.07. Dr. Friedo Ribbert (87 J.)
11.08. Heinrich Zilkens (86 J.)
12.08. Dr. Ingrid Biddermann (88 J.)
Peter Zeidler (86 J.)
13.08. Dr. Dieter Superczynski (87 J.)
15.08. Kurt Stollenwerk (90 J.)
20.08. Barbara Pegenau (87 J.)
23.08. Dr. Wilfried Neuhaus (89 J.)

URTEILSFINDUNG UND URTEILSABFASSUNG IN DER TATSACHENINSTANZ

DAS URTEIL IM ZIVILPROZESS

Balzer/Walther, 3., völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage 2018, Erich Schmidt Verlag, ISBN 978 3 503 17719 6, Preis EUR 39,80

Die Autoren Dr. Christian Balzer, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht a. D., Düsseldorf, und Dr. Bianca Walther, Richterin, Amtsgericht Düsseldorf, haben sich mit ihrem inzwischen in 3. Auflage erschienenen Werk zum Ziel gesetzt, in erster Linie jungen Richterinnen und Richtern sowie solchen Kolleginnen und Kollegen, die die beste Form, zivilrechtliche Urteile zu schreiben, noch suchen, ein Hilfsmittel an die Hand zu geben, das in der täglichen Praxis eines Zivildeznats dazu beitragen soll, Fehler zu vermeiden und auftretende Fragestellungen und Probleme zu lösen.

Diesem Anspruch wird das handliche, praxisorientierte Handbuch in jeder Hinsicht gerecht. Neben ausführlichen Erläuterungen der einzelnen Prüfungsschritte und Bestandteile eines zivilrechtlichen Urteils und nützlichen, an der Relationstechnik orientierten Tipps und Tricks für eine effektive und effiziente Herangehensweise an die Erarbeitung und Abfassung zivilrechtlicher Urteile werden durch eine Vielzahl an Beispielen neben den in der Praxis regelmäßig auftretenden Konstellationen und Fallgestaltungen, etwa den in der zivilrechtlichen Praxis nicht wegzudenkenden Verkehrsunfallsachen, auch seltenere und nicht alltägliche Einzel- und Sonderfälle sowie (typische) Fehlerquellen erörtert. Die Darstellung beschränkt sich dabei nicht auf eine abstrakte

Abhandlung der jeweils zu erörternden Fragestellungen, sondern besticht vielmehr durch eine anschauliche Aufarbeitung der Probleme anhand von Fall- und Formulierungsbeispielen. Ergänzt und vervollständigt wird die Darstellung schließlich durch Exkurse und Hinweise auf Besonderheiten im Rahmen des zweiten Rechtszuges, eine Kurzdarstellung des Inhalts und des Aufbaus zivilrechtlicher Beschlüsse sowie eine Kurzdarstellung des Verfahrens und der Arbeitsweise in einem Kollegialgericht, wobei besonderes Augenmerk auf die Abfassung von Voten und das Halten von Aktenvorträgen im Rahmen der Beratung gelegt wird.

Inhaltsverzeichnis und Sachregister des Buches sind ausführlich und systematisch gegliedert und folgen im Wesentlichen der Relationstechnik und dem Aufbau eines Zivilurteils. Die strukturierte und übersichtliche Darstellung verspricht dadurch nicht nur eine einfache Orientierung innerhalb des Werkes, sondern ermöglicht auch einen schnellen und einfachen Zugang zu konkreten Einzelfragen, weshalb sich das Buch nicht nur zur Einarbeitung für Berufsanfänger oder Deznatswechsler, sondern darüber hinaus auch als Nachschlagewerk für die tägliche Praxis in einem zivilrechtlichen Deznat hervorragend eignet, zumal dem Leser durch zahlreiche Hinweise auf Fundstellen in Literatur und Praxis jederzeit ein vertiefter Einstieg in die Materie für weiterführende Studien und Nachforschungen ermöglicht wird.

RiLG Jens Buddendick, Essen

DIE PAPS LADEN EIN

Zu Besuch bei Goethe

Am Mittwoch, dem 03.07.2019, um 17 Uhr, steht ein Besuch der Ausstellung „Goethe – Verwandlung der Welt“ in der Bundeskunsthalle in Bonn an. Die Führung wird nicht nur die Ausstellung selbst, sondern auch „Goethes Gärten. Grüne Welten auf dem Dach der Bundeskunsthalle“ umfassen und daher etwa 2 Stunden dauern. Danach treffen wir uns noch zu einem gemütlichen Beisammensein in einem Brauhaus der Innenstadt.

Auch wenn der Besuch von den PAP organisiert wird, sind alle Kolleginnen und Kollegen nebst Angehörigen eingeladen. Sollten mehr Anmeldungen

eingehen, als Plätze vorhanden sind, werden Mitglieder des Richterbundes (ggf. in Begleitung eines Nichtmitgliedes) vorrangig berücksichtigt. Da die Kosten der Führung unabhängig von der Teilnehmerzahl sind, richtet sich der Kostenbeitrag nach der Anzahl der Teilnehmer. Wenn alle Plätze belegt sind, beträgt er 15,75 Euro.

Anmeldungen bitte per Mail an pap@drb-nrw.de. Wer kein Internet hat, kann sich auch telefonisch bei der Geschäftsstelle in Hamm anmelden (02381/29814).

Anmeldeschluss ist der 25.06.2019.

Für Ihre Sicherheit!

Eine der Säulen eines belastbaren Abstammungsgutachtens ist die sorgfältig dokumentierte Probenentnahme.



Unser zuverlässiger Service für Ihre Gutachten:

Das Institut für Serologie und Genetik organisiert und überwacht

die Probenentnahmetermine und informiert das Gericht bei Änderung des Sachstandes.

Unser Institut nimmt schriftlich Kontakt mit den Beteiligten auf und

- vereinbart in Abstimmung mit den Gesundheitsämtern/Arztpraxen verbindliche Termine,
- überprüft zeitnah die Einhaltung der Termine,
- informiert zeitnah das Gericht, wenn Termine für Probenentnahmen nicht eingehalten werden.

Wir organisieren und überwachen für Sie die Probenentnahme weltweit

zu vertraglich mit dem jeweiligen Bundesland vereinbarten, fixen Sonderpreisen.

Basis-/ Anfechtungsgutachten 390,- €*: • 17 Systeme / richtlinienkonform Trioall (Kind, Mutter, mögl. Vater)

Komplettgutachten 580,- €*:

Vollgutachten 690,- €*:

- 2 Testkits verschiedener Hersteller / 2 DNA-Isolationen aus 2 Tupfern je Proband
- 17 Systeme / richtlinienkonform (Kind, Mutter, alle in Frage kommenden Männer)
- 2 Testkits verschiedener Hersteller / 2 DNA-Isolationen aus 2 Tupfern je Proband
- 31 Systeme / 3-fach-Analyse / richtlinienkonform Trioall (Kind, Mutter, mögl. Vater)
- 3 versch. Testkits versch. Hersteller / 2 DNA-Isolationen aus 2 Tupfern je Proband

*zzgl. MwSt. und Probenentnahmekosten



Institut für Serologie und Genetik

Dr. med. Detlef Kramer

Prof. Dr. med. Jan Kramer

Dr. rer. nat. Armin Pahl

Sachverständige für gerichtliche Abstammungsgutachten

dgab

fach**abstammung**sgutachter
geprüft durch die kfqa

prüfmr. 320/2013 www.kfqa.de

